

Frankenberger Tageblatt

Bezirks-
 Anzeiger

Begründet 1842.

65. Jahrgang.

Amtsblatt für die Königliche Amtshauptmannschaft Flöha, das Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Frankenberg i. Sa.

Verantwortlicher Redakteur: Ernst Rosberg in Frankenberg i. Sa. — Druck und Verlag von C. G. Rosberg in Frankenberg i. Sa.

Erhält am jedem Wochentag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis vierjährlich 1. & 50., monatlich 50. Trägerlohn extra. Einzelzettel laufenden Monats 5., früherer Monate 10. Befeuungen werden in unserer Geschäftsstelle, von den Bönen und Ausgabestellen, sowie von allen Postanstalten Deutschlands und Österreichs angenommen. Nach dem Auslande Verhandlung wöchentlich unter Kreuzband.

Aufstellungen sind rechtzeitig aufzugeben, und zwar größere Interate bis 9 Uhr vormittags, kleinere bis spätestens 11 Uhr mittags des jeweiligen Ausgabetages. Für Aufnahme von Anzeigen an bestimmter Stelle kann eine Garantie nicht übernommen werden.

→ 51. Telegramme: Tageblatt Frankenberger.

Anzeigenpreis: Die 5.-gep. Petzelle oder deren Raum 15. bei Dokumenten 12. im amtlichen Teil pro Seite 40. "Eingesandt" im Redaktionsteil 30. Für schwierige und teuerliche Sachen Aufschlag. Für Wiederholungsabdruck Ermäßigung nach feststehendem Tarif. Für Nachweis und Offerten-Annahme werden 25. Extragebühr berechnet. Anzeigen-Aufnahme auch durch alle deutschen Annoncen-Epeditionen.

Abonnements für Februar nehmen unsere Ausgabestellen, Stadt- und Landboten, sowie Postanstalten noch entgegen.

Sonntag, den 3. Februar 1906, vormittags 10 Uhr sollen im Gasthaus „Stadt Dresden“ hier ein großer Posten Zigaretten meistbietend gegen Vorauszahlung versteigert werden.

Frankenberg, am 29. Januar 1906.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Dienstag, den 6. Februar 1906, vormittags 10 Uhr sollen in Oberdorf 1. Warenkram, Regale mit Kästen, Ladentische, 1. Sofas, 1 Kommode, 1. Dekor, und 1 Tafelwagen, 1 Petroleumbehälter, Kartoffelkoch, Speiseöl und Marmelade meistbietend gegen Vorauszahlung versteigert werden.

Vielz. kommen in Hoppes Restaurant.

Frankenberg, am 29. Januar 1906.

Der Gerichtsvollzieher des Königl. Amtsgerichts.

Diäten oder nicht?

Wie mitgeteilt wird, ist zwar der Bundesrat bisher noch nicht mit der Frage der Einführung von Diäten bez. Anwesenheitsgeldern beschäftigt worden, doch ist bekannt, daß bis auf Preußen und Sachsen alle anderen Bundesstaaten schon vor dem von der Notwendigkeit der Gewährung von Diäten überzeugt waren. Es darf daher erwartet werden, daß der Bundesrat einer Vorlage, die im wesentlichen dem vom Reichstag mehrfach angenommenen Gesetzentwurf entspricht, seine Zustimmung nunmehr geben wird. Danach würden also die Reichstagsmitglieder freie Fahrt auf den deutschen Eisenbahnen und Anwesenheitsgeldern von 20 Mark für den Tag erhalten, sobald den Doppelmandataten ihre Wahltagabstimmungen in Rechnung gebracht werden sollen. Die näheren Bedingungen über die Festlegung und Zahlung des Anwesenheitsgeldes soll der Reichstag bezw. dessen Präsidium bestimmen. Wie offiziell mitgeteilt wird, ist in Erwögung gezogen worden, die Anwesenheitsgelder nur für eine begrenzte Dauer, etwa für sechs Monate eines Kalenderjahres zu bewilligen, um damit eine Ausdehnung der Tagungen zu verhindern, wie sie im bayrischen Landtag zum Schaden des Reichstagsgangs beliebt geworden ist. Ferner heißt es, daß Artikel 28 des Reichsverfassungsgesetzes dahin abgeändert werden soll, daß die darin für die Beschlußfähigkeit des Reichstages vorgeschriebene Mehrheit von 199 Mitgliedern bei den Abstimmungen zweiter Lesung und bei Abstimmungen auf Schluss der Debatte wesentlich herabgesetzt werden soll. Das würde zweifellos eine gewisse Verbesserung des Geschäftsverlaufs bedeuten, aber gerade die gegenwärtige Tagung beweist, wie wenig damit in der Praxis erreicht wäre. Man vergegenwärtige sich nur einmal das Schicksal der allerwichtigsten, gerade jetzt dem Reichstag gemachten Vorlagen. Die Militärversammlung zum Beispiel, deren Notwendigkeit aufs tiefste gespült wird, hat man der Budgetkommission überwiesen, die damit doch wohllich ihres innersten Bestimmung nach nicht das Allergünstigste zu tun hat. Und ob ob es damit nicht genug wäre, sind die beiden Kommissionen noch eine ganze Reihe anderer Vorlagen aufgepackt worden, insbesondere auch die Kammerunabhängigkeit, die von rechtswegen zunächst der vom Reichskanzler eingesetzten gemeinsamen Kommission zur Untersuchung des Reichsverhältnisses der Handelsforschungen hätte überwiesen werden müssen. Daneben ist der Reichstag durch die Arbeiten der aus 28 Mitgliedern bestehenden Steuerkommission stark

geschwächt. Gegenüber dieser Soziallage ist man sich bei allen Parteien darin einig, daß das Reichsamt seine Aufgaben nur bewältigen könnte, wenn jeder Einzelne seine Pflicht frudigst erfüllt und wenn jeder sich in seinen Aufführungen auf das sachlich Notwendigste beschränkt. Auch die Sozialdemokratie hat dies voll und deutlich begriffen. Aber weit davon entfernt, ihre Redefrei einzubüßen, legt sie es im Gegenteil darauf an, demagogischer Wirkung zu dienen den Reichstag mit ihren Dauerreden zu ermüden, und sie erreicht damit ganz unbefriedigbare Erfolge. Ein recht beachtliches Beispiel dafür, wie diese Praxis alle parlamentarische Arbeit vereitelt, ist die Behandlung der Vorlage über Änderung des Unterstützungswohnungsbesitzes. Nachdem sie durch Dauerreden die Vorlage nicht zu Falle bringen konnte, beantragte die Sozialdemokratie die Verweilung an eine 21er Kommission. Leider hat das Zentrum dem zugesagt und es wird nun schwer sein, das so notwendig erkannte Gepräge aus dieser Kommission heraus zu kriegen. An diesem Umstande wird auch keine Gewährung von Diäten etwas ändern, und so sehr man der Entschuldigung des Reichstagsabgeordneten das Wort reden mag, so wäre es doch wünschenswert, daß diese in einer Form gegeben würde, die den beabsichtigten Zweck, nämlich die praktische Tolerierung der Reichstagsarbeiten auch wirklich erreicht. Am ersten dürfte dies geschehen durch eine Ordnungsschädigung, deren erste Hälfte anfangs Februar, die zweite aber am 1. April unter der Voraussetzung zahlbar wäre, doch bis dahin der Staat erledigt wäre.

Vom Reichstag.

22. Sitzung am 31. Januar 1906.

Auch der Genuss der Toleranz-Debatte wird nachgerade recht zweifelhaft. Abg. v. Heckling (Zent.) wendet sich gegen die Anklagen des Abg. Müller-Meiningen, aber der feinsinnige und gelehrte Zentrumsfreiherr hat keinen glücklichen Tag. Er macht sich die Polemik etwas sehr bequem — die Frage beispielsweise, ob das Auftreten überalterer Zeitungen eine Sünde sei, lehnt er einfach ab; eine politische Versammlung sei überhaupt nicht das geeignete Forum, eine solche Frage zu entscheiden. Die katholische Literatur ist stiere für die Gegner nur dann, wenn sie etwas finden, was in ihrem Interesse steht. Das Zentrum erfreut keinerlei eine Trennung von Kirche und Staat, es verlangt keinen radikalen Eingriff. Doch der bekannte Lehngesetz-Hoffmann von der Sozialdemokratie

schafft Geschick aufführt, was selbstverständlich. Mit souveräner Verachtung „stroft“ er wieder einmal die Regeln, der deutschen Sprache und spielt dabei den wilden Mann. Es ist nicht zu verwundern, daß eine solche Gegnerschaft dem Zentrum sehr angenommen ist. Unbekannt ist dem Ultramontanismus dagegen der Abgeordnete Müller-Meiningen, der mit seltener Beharrlichkeit und unbestreitbarem Sachkenntnis dem romanischen Kolos auf den Leib rückt. Seine Rede war auch diesmal reich an Brisanzfällen. Von höchstem Interesse waren die längeren Ausschreibungen Siblers, der sich im Prinzip auf den Boden der religiösen Toleranz stellte, hauptsächlich gegen die Dissidentenmoral des sozialdemokratischen Vorredners kämpfte und andererseits auch beim Zentrum die Leinen los. Wenn das Zentrum es ernst meinte mit seiner Toleranz, so mögliche es doch in Bayern damit den Anfang machen, wo es ja die unbefristete Majorität besitzt. Alle nunmehr aus den Reihen der Konservativen der Vorstand Siblers unterstützt wurde, daß Zentrum mögliche den Toleranzantrag zurücknehmen und den nächstliegenden Antrag auf Abstellung von staatlichen Belastigungen auf religiösem Gebiete eintreten. Hält das Zentrum die Situation für so gefährlich, daß als Retter in der Not Abg. Spahn einspringen mußte. Er befürwortete den Abg. Müller-Meiningen, einen neuen Kulturmampf hervorzurufen zu wollen, und interpretierte einen übigen des Zentrums Toleranz mit verblüffender Offenheit so, daß volle Duldsamkeit vom Staate verlangt werde, doch aber an der Kirchenpacht nicht gerüttelt werden dürfe. Müllers Angstfurcht vermöchte aber auch dieser Abgeordnete nicht abzuwischen.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Generaldiskussion des vom Zentrum eingereichten Toleranz-Antrages.

v. Heckling (Zent.) wendet sich gegen den Abg. Müller-Meiningen. Tatsächlich habe dieser nichts zur Sache vorgebracht. Der Abg. Müller liebt es, aus unseren katholischen Gebeten und Gebrauchsbüchern plakante Dinge herauszufinden. Eine bischöfliche Approbation ist schlechting keine Empfehlung eines Buches, sondern lediglich eine Druckerlaubnis des bischöflichen Bezirks. Wenn das von dem Abg. Müller angeführte Buch recht viele geschmacklose und unziemliche, ja sogar brutale Szenen enthält, so ist die Approbation dafür in keiner Weise verantwortlich. Der Abg. Müller hat einen besondren Triumph auszuspielen zu können geglaubt, daß das Buch auch mit einer Empfehlung des Papstes Pius X. und des Kardinalstaatssekretärs Meri de Val erschienen

Das Majorat.

Roman von Erwin August König.

Baron Kurt hatte sich in seinen Stuhl zurückgelehnt, voll ruhiger Erwartung blieb er den Rauchwölkchen seiner Zigarre nach, nur dann und wann streifte sein Blick außerhalb das blaue Antlitz des Neffen, dessen Gesichtsausdruck zufriedene Lippen die innere Erregung bekundeten.

„An den Bestimmungen deines alten Urkunden läßt sich nicht drehen noch deuten,“ brach er endlich das Schweigen, als Dagobert die letzte Seite gelesen hatte, „sie sind von Generation zu Generation unangetastet worden. Du wirst sie ebenfalls anerkennen müssen.“

„Und wenn ich mich weigere, dies zu tun?“ fragte Dagobert trocken.

Der alte Herr zauderte mit den Achseln.

„Du kommt aus gerichtlichem Wege vermeintliche Rechte geltend machen,“ erwiderte er falt, „aber es wäre ein aussichtsloses Vorrecht, wenn du unter allen Umständen verlieren müßtest. Ohne Rot hättest Du dann einen Elstal hervorgerufen, der mit seiner ganzen Schwere auf Dich zurückfallen würde.“

Mit großen Schritten wanderte Dagobert auf und nieder, der Baron tönte gewohnt in ihm, von diesem Hindernis hatte er keine Ahnung gehabt.

Jahrelang hatte er sich danach gesehnt, dem verhexten Vorwand die Tür zeigen zu können, nun sollte er sich abermals zwei Jahre hindurch dem Willen dieses Mannes unterwerfen und von ihm sein rechtmäßiges Erbe vertragen lassen. Seiner Mutter konnte er unter diesen Verhältnissen keine Heimat bilden, er selbst mußte wieder zum Wandertab greifen; es war ihm unmöglich, mit diesem ihm feindlich gesinnten Manne unter einem Dache zu wohnen.

Es drängte ihn, seinem Sohn und seinem Haushalt zu melden, was aber erreichte er dadurch?

Der Baron war in seinem Recht, wenn er sich auf die Bestimmungen stützte und ihre Erfüllung forderte, nur auf gerichtlichem Wege könnten sie angefochten werden, und darüber mußte er zwingen mit einem Juristen beraten.

Baron Kurt beobachtete jede Bewegung seines Neffen, er konnte ohne Mühe erraten, was in der Seele des jungen Mannes vorging; bei dem Gedanken an den Laufschritt im Nebenzimmer mußte er unwillkürlich lächeln.

Dagobert blieb stehen, langsam fuhr er mit der Hand durch seinen schwarzen Vollbart, sein Blick ruhte brennend auf dem alten

Herrn, und man sah ihm an, wie schwer es ihm fiel, seine Erregung zu bemeistern.

„So ohne weiteres kann ich diese Bestimmung nicht anerkennen,“ sagte er, „ich erkläre Dir das schriftlich. Nicht, daß ich irgendwelches Missbrauen in Deine Verwaltung sehe, daß liegt mir fern, ich sehe mich noch Tägigkeiten, ich habe drüber rafflos gearbeitet, ich kann hier nicht möglich gehen und nur den vornehmnen Tagesschrieb.

„Wute ich Dir das zu?“ erwiderte der Baron, einen vertraulichen Ton annehmend, „Du wirst hier wohnen und Dich an der Verwaltung beteiligen.“

„Dann müßte vor allen Dingen der bisherige Verwalter entlassen werden!“

„Weshalb? Konrad Schreiber hat stets seine Schuldigkeit getan und seine Pflichten gewissenhaft erfüllt.“

„Sein Sohn war mein Verlobter!“

„Der Vater hat den Sohn droschiert.“

„Diese Vermutung —“

„Ist nur zu sehr begründet. Onkel, ich verlange die Entlassung dieses Mannes, wenn ich hier tätig sein soll.“

„Ach, darüber läßt sich ja noch weiter reden,“ sagte der Baron, „willst Du die ganze Post der Verwaltung auf Deine Schultern nehmen, so werde ich voraussichtlich nichts dagegen einzuwenden finden. Deine frühere Wohnung in diesem Hause steht leer, Du kannst sie sofort beziehen, ebenso werde ich für Deine Mama Sicherheit bereichern können. Ich hoffe, Deine Mütterfrau und Deine Abteilung werden schwören, wenn wir einige Zeit miteinander verkehrslos haben. Über Deine Wünsche wollen wir dann in den nächsten Tagen beraten. Nur möchte ich Dich von vornherein darauf aufmerksam machen, daß Du zu Forderungen durchaus kein Recht hast, ich bleibe hier Dein Vormund bis zum Ablauf Deines dreijährigen Lebensjahres, dann werde ich Rechnung ablegen und das Majorat Dir übergeben.“

„Das ist Dein unabänderlicher Wille?“ fragte Dagobert, das Haupt trocken.

„Unabänderlich, die Bestimmungen unseres Statuts müssen erfüllt werden.“

„Dann behalte ich mir die Entscheidung vor.“

„Schr. wobl, nur muß ich darauf dringen, daß diese bald erfolgt.“

„Du wirst es mir nicht vernügen können, wenn ich zuvor den Rat eines Juristen einhol.“

„Gewiß nicht, obwohl ich die Notwendigkeit solcher Beratung nicht einsehe.“

Umjetzt Institut, Herr Notar Lellenbach, kann und

wird Dir jede Auskunft geben, die Du in Deinem Interesse nur verlangen magst.“

„Gerade ihn will ich nicht fragen.“

„Hast Du auch gegen ihn Wirkungen?“

„Als triftigen Gründen, ja,“ nickte Dagobert. „Ich nehme die Wohnung einstweilen an; ob ich sie behalten werde, weiß ich noch nicht, wieviel, ich behalte mir die Entscheidung vor.“

„Ganz nach Deinem Belieben,“ antwortete der Baron, indem er an der Glotzenkuh zog. „Ich werde in keiner Weise Dir entgegen treten, aber meine Rechte hier energisch zu wahren wissen. Wir alle müssen uns den Hammelgeschäften fügen, es liegt nur einzig und allein an Dir, ob der Friede hier erhalten bleibt.“

Der Kammerdiener war eingetreten, sein forschender Blick schwielte vorhin von dem alten zum jungen Herrn, die Rübe der beiden schien ihn mit Predigtreden zu erläutern.

„Der Herr Baron wird die Gemüter wieder beruhigen, die er früher beschäftigt hat“, sagte Baron Kurt. „Ich erwarte Dich zur Tafel, Dagobert, während Du vorher ein Frühstück, so hast Du nur zu beflehen.“ Dagobert schied mit einer leichten Verneigung und folgte dem alten Manne, gleich darauf trat der Notar mit der Tabakdose in der Hand aus dem Nebenzimmer.

„Vortrefflich!“ sagte er. „Sie haben Ihre Sache gut gemacht, Herr Baron, das Erbe darf sich nicht über Sie beklagen.“

„Sie scheint Ihnen nicht sehr gewogen zu sein,“ wottete Baron Kurt, an den Spiegel seines langen Vollbartes drehend.

„Ah, bah, wenn ich wollte, könnte ich mit seiner Kunst im Handumdrehen erwerben, aber mir liegt nichts daran.“

„Ganz recht. Wenn Baron Dagobert auf der Entlassung des Verwalters besteht, so geben Sie nach.“

„Wie darf ich das?“ unterbrach der Baron ihn. „Schreiber war mir stets ein treuer, ergebener Diener.“

„Bah, er hat sich für seine Dienste bezahlt gemacht, das unterliegt für mich seinem Rechte. Sie dürfen ihn direkt entlassen, er wird keine Rot leiden, er ist der geheimste Alte des Sohnes, der mit Ihrem Sohn sein Geschäft gegründet hat.“

„Bringen Sie Ihrem Neffen dieses Opfer, wenn er es beharrlich verlangt.“

„Und dann soll ich meinem Neffen die Verwaltung des Gütes übertragen?“

„Weshalb nicht? Es wäre ja möglich, daß er sich eine Unterschlupf zu holen scheint, um die entseelten Leidenschaften zu befreien, dann hätten wir die unehrenhafte Handlung, die ihn für immer von der Erbfolge ausschließt.“

(Fortsetzung folgt)

jet. Das imponeert uns nicht. Man weiß ja, wie derartige Empfehlungen zu stände kommen. Der Abg. David sprach sich für die Staatschule aus. Die Staatschule aber wäre der längste Gewissenszwang. (Längste Zustimmung im Zentrum.) Wir wollen kein Veto legen für unsere Gläubergemeinden, sondern allgemeine Freiheit der religiösen Betätigung aller Staatsbürger des Deutschen Reiches. Das bedeutet für uns, daß wir damit auch die Verpflichtung übernehmen, auf die religiöse Überzeugung aller anderen zu achten. Wir verlangen lediglich eine Körnerklausur insoweit, als der Freiheit der religiösen Übung Abbruch geschieht. (Beifall im Zentrum.)

Hoffmann (Soz.): Ich beantrage den Antrag einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen. Wenn der Vorredner in der Erinnerung der Schule von der Kirche eine Gewissenstyrannie erblickte, so verstehe ich das nicht. Ich sehe darin umgekehrt eine Gewissenfreiheit. Wir haben alle Ursache, misstrauisch zu sein gegen das Zentrum in Kirchen- und Schulfragen. Das Zentrum fordert Toleranz von der Obrigkeit, denkt aber nicht daran, sie selbst auszuüben. In der protestantischen Kirche sieht es nicht besser aus. Ein pfarrerliches Buschleckeramt muß vor allen Dingen verhindert werden. (Große Heiterkeit.) Der Redner führt dann Beispiele der Intoleranz des Zentrums an und führt fort: Alle diese Beispiele illustrieren, in welch unchristlicher Weise vom Zentrum der Terrorismus gelobt wird. Hat doch die Reichsregierung gegen unsre Freunde aus den Reihen der katholischen Geistlichen des Niederrheins ihren Ursprung genommen! Wir stehen dem Antrage mißtrauisch gegenüber, besonders wegen des Paragraphen 4, der den Schutz der Dissidenten enthalten sollte, und in dem es jetzt heißt: „Zur Teilnahme an dem Religionsunterricht kann ein Kind gegen den Willen der Erziehungsberechtigten nicht angehalten werden, wenn der Religionsunterricht ihrer religiösen Überzeugung nicht entspricht.“ Der letzte Zusatz ist sehr verdächtig. In dem Antrage muß klar ausgeprochen werden, daß niemandem der Auftritt aus der Kirche erlaubt werden darf. Die schwersten Bedenken haben wir gegen den Paragraphen 12, der bestimmt, daß religiöse Gemeinschaften, Geschellschaften und Vereine aller Art zur Gründung, Ablösung und Täuglichkeit innerhalb des Reichsgebietes keinerlei Genehmigung des Staates oder der politischen Gemeinde bedürfen. Der Paragraph könnte namentlich auf dem Schulgebiete missbraucht werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Schäfer (Christl.-Soz.): Seit der letzten Verhandlung hier im Hause habe ich gegenüber dem Antrage meine Ansicht, die auf Ablehnung des Antrages ausgeht, nicht geändert. Es muß auf die Herzen doch einen gewissen Eindruck machen, daß nur die linkstehenden Parteien auf ihre Wünsche eingehen, daß aber die, die an der Kirche festhalten, sich nicht entschließen können, ihnen zuzustimmen; daß zeigt doch, daß hier eine Schwierigkeit vorliegt, die der Entwurf nicht abhängt. Es sollen in wenigen Paragraphen die ganzen Verhältnisse, die sie sich herausgebildet haben, weggestrichen werden. Damit können wir uns nicht einverstanden erklären.

Zürst Rabitzwill (Vole): Durch die Reichsverfassung ist das Reich zum Schutz aller in den Reichsgebieten bestehenden Rechte verpflichtet. Man sollte durch höhere Freigabe aller Maßnahmen, die die nationalen Gegenseite aufzuheben geeignet sind, die kirchlichen Interessen nicht hemmen, sondern ihnen Vorschub leisten.

Gierlach (Fr. Bg.): Es ist nicht zu leugnen, daß der Gesetzentwurf der erste, wenn auch kleine Schritt auf dem Wege zur Erneuerung des Staates und der Kirche ist. Die Bekämpfung kirchlicher Einrichtungen ist moralisch verwerflich, aber sie sollte nicht strafbar sein. Die protestantische Kirche sollte sich nicht gegen den gebührenden und stempelreinen Rüsttritt erklären. Die Kirche zu einer Zwangskonversion zu gestalten, kann die Bedeutung der Kirche nicht erhöhen. In der Vorhersicht des Gesetzentwurfes, daß religiöse Gemeinschaften gottesdienstliche Gebäude ohne besondere staatliche Erlaubnis errichten dürfen, muß ich einen Fortschritt erblicken. Im übrigen bin ich dafür, daß man das Güte des Gesetzentwurfs herausnehmen soll um der Freiheit willen. (Beifall löscht.)

Ösel (Fr. Bg.): Unsere Gegner pflegen durch Generalisierung einzelner Fälle unsere Partei zu diskreditieren. Das geschieht, um in ihrem Sinne zu sprechen, in jesuitischer Weise. Sodann erwähne ich nur, daß der Protestantismus nicht das Recht hat, den Katholiken Intoleranz vorzuwerfen. Mit solchen mittelalterlichen Geschichten soll man uns heute nicht mehr kommen.

Schrader (Fr. Bg.): Wie freuen uns über die Anschauungen, die wir heute in den Reihen des Zentrums vernommen haben. Es dokumentiert sich darin ein Anfang, der mich hoffen läßt, daß wir auf diesem Wege zu wirklich friedlichen Beziehungen auf dem kirchlichen Gebiete kommen werden. Die ersten acht Paragraphen würden wir mit geringen Änderungen annehmen, den zweiten Teil müßten wir ablehnen.

Müller-Meiningen: Sozialistisch bin ich mit meiner Fraktion bezüglich des zweiten Teiles völlig einig, dem ersten Teile stehe ich persönlich, auch vielleicht mit Ausnahme des § 1, feindlich gegenüber. Ich kann keinen parlamentarischen Ausdruck finden für die Kampfweise, die Ösel in einem Punkte gewählt hat. Wenn über den Toleranzstandpunkt des Kollegen Ösel noch irgend ein Zweifel bestanden hätte, dann wäre durch seine Ausführungen keine Toleranz in wirklich sozialer Weise dargestellt worden. Ösel hat den Fall Sartorius, ohne irgend dazu veranlaßt zu sein, vorgebracht. Die ganze anständige Weise hat sich gezeigt, diese Sache auf das politische Niveau zu bringen und die politische Partei dafür verantwortlich zu machen. Wenn Sie nun in derartiger gehässiger Weise diesen Fall heranziehen . . . (Widerspruch des Abg. Ösel). Sie haben den Fall in Verbindung gebracht mit Jällen, die ich angeführt hatte, und es scheint, daß Ihnen die Logik Ihrer Worte überhaupt vollkommen unklar ist. Die Meinungsverschiedenheiten haben mit den Grundzügen der politischen Partei nichts zu tun. Es ist mehr als geschmacklos, einen solchen Fall heranzuziehen und ihn an die Rechtschafe einer einzelnen Partei anzuhängen. Ösel hat den Vorwurf gegen mich erhoben, daß ich Intoleranz auf Seiten der evangelischen Kirche nicht zugäbe. Ich habe immer gehabt, daß ich die Intoleranz unter allen Umständen verurteile. Aber alle Intoleranzen der evangelischen Kirche können nicht mit denselben verglichen werden, wie sie in kleineren Ländern systematisch bestehen. Ich habe drei Fälle von Intoleranz mit voller Namennennung vorgetragen. Diese Fälle stehen bombenfest; ich habe die Belege in Händen. Das aber möchte ich nochmals betonen, daß ich mich niemals gegen die Personen, sondern lediglich gegen das System wende, das in diesem großen Missbrauch der Religion zu politischen Zwecken liegt, immer, auch wenn ich den bekannten preußischen Professor der Theologie in Münster, Baatz, zitiere, der genau

ausdrückt, an welchem Platze die Hölle ist und wie viele Grabwärme dort herrschen, und der noch mehr beweisartiges tolles Zeug geschrieben hat. Und immer wieder sagen Sie: Was haben wir, was hat dieser Gesetzentwurf damit zu tun? Das ist eine sehr bequeme Kampfweise. Wenn Sie das Material an präzestlichen Classem, Verfassungen u. s. m. kennen würden, was alles in Sachen der gewünschten Thesen vorliegt, würden Sie nicht so aufgetreten sein. Hier ist ein Brief, der an eine Frauensperson geschrieben worden ist. In dem Briefe schreibt ein katholischer Priester, der die betreffende Frau persönlich gut nicht kennt, sie kommt, wenn sie eine gewünschte Ehe eingehe, nicht in den Himmel, würde Vater und Mutter nicht wiederkommen, und ob sie wirklich meine, das höchste Sinnentzige wäre das höchste Glück; ob sie nicht bedenke, daß die jüngste Liebe des Mannes sich nicht höher in Himmel gegen sie verwandeln werde, weil sie katholisch sei. Wenn das nicht Intoleranz ist, was verstehen denn dann die Antragsteller darunter? Ich wünsche dringend, daß solche Plakate beseitigt werden. Darum bitte ich Sie, den zweiten Teil möglich bald in die Berücksichtigung verschwinden zu lassen.

Damit schließt die Diskussion.

Der Antrag auf Beweinung des Gesetzentwurfs an eine Kommission von 21 Mitgliedern wird gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt.

Nächste Sitzung: Donnerstag 1 Uhr. Tagesordnung: Zweite Lesung des Gesetzes des Reichstages und des Reichskomites des Innern.

Vom Landtag.

zv. Die Erste Kammer trat gestern vormittag 11 Uhr zur 21. öffentlichen Sitzung zusammen und beschloß sie mit Kapitel des ordentlichen Staatshaushaltsetats für 1906/07, bet. Domänen, Justiz und Salzwerke, Sozialisches Fernheiz- und Elektrizitätswerk zu Dresden, Gendarmerie-Amtshof, Polizeidirektion zu Dresden und Sicherheitspolizei, Aufsicht über Gewerbe- und Dampfschiffahrt. Die zweite Deputation brachte, in Übereinstimmung mit der Zweiten Kammer, bei den vorerwähnten Kapiteln die Einschätzungen zu genehmigen und die Ausgaben zu bewilligen.

Zu Kap. 48, zgl. Polizeidirektion zu Dresden, erinnerte der Deputationsberichterstatter

Daß dieser Freiherr Tröbschler zum Falkensteiner auf Dorfstadt an die Haltung des Exekutivpersonals der zgl. Polizeidirektion zu Dresden und sprach den Beamten, die ihm bekannte und fahrlässige Haltung wärme Anerkennung aus (Altheit des Bräus). Wenn die Rache wieder gefährdet wird, müsse erworben werden, ob nicht weitere Maßnahmen zur Sicherstellung der an Leid und Leben bedrohten Beamten und deren Angehörige zu treffen.

Die Kammer nahm die Deputationsanträge einstimmig an.

Nächste Sitzung: Dienstag, 6. Februar, vormittags 11 Uhr. Tagesordnung: zgl. Sammlungen für Kunst und Wissenschaft.

Örtliches und Sachsisches.

(Der nächste unserer örtlichen Ortsberichte ist nur mit genauer Quellenangabe gestattet.)

Frankenberg, 1. Februar 1906.

Bei heisiger Sparkasse wurden im Januar 2029 Einzahlungen im Betrage von 812388 M. 39 Pf. geleistet, dagegen erfolgten 1230 Rückzahlungen (Einlagen und Zinsen) im Betrage von 249 138 M. 56 Pf.

fr. Das 2. Abonnement-Konzert der Stadtkapelle findet heute, Donnerstag, abend im „Kaiseraale“ statt, und zwar mit folgendem Programm: 1. Ouvertüre zu „Alfonso d'Estrella“ von Fr. Schubert. 2. Ständchen (nach einem Männer-Quartett) von A. Peter. 3. a) Intermezzo und Valse lento; b) Vivacca aus „Schwab“ von Delibes. 4. Fantasie über Mozart „Zauberflöte“ von Rosenthal. 5. Ouvertüre „Burghäuschen Hochzeit“ von Gule. 6. Dreigespräch der Flöte, Oboe und Klarinette von Homm (Herrn Dahl, Weber und Bloch). 7. A l'appel du Plaisir! Valse de Concert von Gabriel-Marie. 8. Amor im Ballaal. Intermezzo für Streichinstrumente von W. Böhme. 9. I. Ungarische Rhapsodie (An Fr. v. Bülow) von Fr. Vidal.

fr. Ein versteineter Apfel — es ist Tafelobst — wurde in einem hiesigen Gastronomiebetrieb beim Auskosten eines Baumens und Tageslicht gesäbelt. Die äußerlich wohlhaltene, glänzend schwärzbraun gesäbelte Frucht lag etwa einen Meter tieg in Kielde eingebettet. An Stelle des Stiels und der Blüte befinden sich Löcher, von denen das eine bis in die Mitte, wo sonst die Rente und das Kerngehäuse zu sitzen pflegen, führt. Der Apfel ist in zwei ungleiche Hälften zerschlagen; daß Fleisch, ebenfalls steinhart, ist von schwärziger Farbe. Jedenfalls hat man einen seltenen Fund vor sich. Und um die Besichtigung jedermann zu ermöglichen, werden wir den Apfel einige Tage hindurch in unserem Schaukasten, Markt 8, zur Schau stellen.

† Ein Eisenbahnbüllarium. Am 1. Februar steht die Linie Annaberg—Flöha—Eben mit vierzig Jahre im Betriebe; die Genehmigung zur Errichtung war am 29. April 1862 erfolgt. Es waren hierbei zwei Projekte in Frage gekommen, das eine über Thum mit Ehrenfriedersdorf, das andere führt das Ischpatal entlang, aber die größere industrielle Bedeutung des letzteren gab den Ausschlag für die Anlage der Linie von Annaberg über Wollenstein, Böhmen und Flöha nach Chemnitz. Am 3. Sept. 1862 begann der Bau und am 1. Februar 1866 erfolgte die Inbetriebnahme. Das Anlagekapital der 43,05 km langen Linie Annaberg—Flöha betrug am Schlusse des Jahres 1904 11.747.810,01 M., die Vergütung 2,189 % gegen 1,456 % im Jahre 1903.

† Achtung — falsches Geld! Die neuen Fünfzielpfennigstücke (½ M.) werden von Falschmünzern bereits nachgemacht und erscheinen in größeren Mengen in Umlauf gebracht. Die Herausgabe dieses Falschstückes ist für Falschmünzer um so leichter, als die Kaufleute bei derartigen kleinen Münzen wohl meistens keine besondere Prüfung vornehmen. Die Ausführung der Falschstücke, von denen mehrere an öffentlichen Kassen angehalten wurden, ist gut und die Bezugung läuft. Hierdurch erschinen die Fälschungen weniger auffällig, da auch die echten Halbmarkstücke noch nicht abgenutzt sind und eine starke Prägung aufweisen. Die Falschstücke sind aus einer Bleilegierung hergestellt, in der Harde eine Schattierung dunkler als die echten Münzen, und fühlen sich fettig an.

† Neben die Bedeutung von Blei- und Zinkvermischen auf Wechseln hat das Reichsgericht ein bemerkenswertes Urteil erlassen. Auf einem Wechsel befand sich neben dem mit Tinte als Zahlungsort bezeichneten „Groß-Lichterfelde“ der Blei- und Zinkvermerk „Banknot“. Das Reichsgericht führt nun aus, daß aus allen Umständen zweifellos hervorgeht, daß Zahlungsort nicht Groß-Lichterfelde, sondern das bei diesem Ort gelegene kleine, von ersttem wirtschaftlich abhängige Banknot sein sollte. Auch bei

der Auslegung von Wechseln sei nicht die Buchstabeninterpretation anzuwenden, sondern der Wille der Beteiligten zu erforschen. Trotzdem sei in diesem Falle anders zu entscheiden, da das Wort Banknot, als mit Blei- und Zink vermischt, für den Wechsel nicht in Betracht kommt. Gewiß trifft es theoretisch zu, daß ein Wechsel mit Blei- und Zink geschrieben werden könnte, wenngleich es schwer sein dürfte, einen solchen Wechsel, zumal über einen hohen Betrag, in der Praxis nachzuweisen. Etwas ganz anderes sei es aber, ob bei einem an sich vollständigen, mit Vorbruck und Tinte ausgestatteten Wechsel bei späterer Belebung darauf sich findende Blei- und Zinkvermerk als zum Wechselinhalt gehörig, oder ob sie als einseitige, unverbindliche Notizen irgend eines Wechselinhabers, soweit sie sich als solche erklären ließen, zu behandeln seien. Hier gelte für die Auslegung der Urkunde die allgemeine Regel, daß das Ungewöhnliche und Unverträgliche nicht zu vermuten sei. Es müsse aber als absolut ungewöhnlich und unverträglich bezeichnet werden, daß ursprüngliche Wechselkontrollen einen bereits fertigen, in üblicher Weise mit dauerhaften Schriftzeichen ausgestalteten Wechsel durch Hinzufügung eines Blei- und Zinkvermerks, der nicht nur leicht zu beseitigen oder unbedeutig zu machen wäre, sondern über dessen Bedeutung auch spätere Zweifel und Streitigkeiten fast mit Sicherheit erwartet werden müßten, in einem wesentlichen Punkte verändert wollten. Trotz dieses Blei- und Zinkvermerks hat das Reichsgericht den Wechsel als einen gültigen behandelt. Denn es streift eine tatsächliche Vermutung für die Annahme, daß Blei- und Zink auf einem vollständig mit dauerhaften Schriftzeichen hergestellten Wechsel keine Abänderung des Wechselinhalt bezeichneten, sondern als unverbindliche Notizen gemeint seien. Dennoch sei der Blei- und Zinkvermerk einfach als nicht geschrieben anzusehen.

Mitteida. Dem Rat ist am 18. d. Mts. von unbekannter Seite eine Stiftung von 2000 Mark in dreiprozentiger sächsischer Rente mit der Bestimmung zugesangen, die Binsen des Summs zur Unterstützung würdiger junger Leute zu verwenden, welche ein Handwerk erlernen wollen. Es ist noch dem Namen des Stifters soll dessen Name bekannt gegeben werden. — Die Stadtverordneten beschlossen, die hiesige Privatmädchenschule für das Schuljahr 1906/07 in städtische Verwaltung zu übernehmen. Ein etwasiges Defizit wird noch vom Kuratorium der Rastatt getragen.

Dresden. Der sächsische Hof legt für den verstorbenen König von Dänemark auf drei Wochen Trauer an.

Dresden. Der Prozeß des Schönburg-Waldenburg-Gouverneur Hauses gegen die ehemalige Gemahlin des Prinzen Friedrich von Schönburg-Waldenburg, geschiedene Prinzessin von Bourbon, wegen der Legitimität ihres 5jährigen Sohnes hat gestern vor dem Dresdner Oberlandesgericht unter Abschluß des öffentlichen Haftbefehls stattgefunden. Die geschiedenen prinzlichen Ehegatten waren durch Rechtsanwalt Justizrat Dr. Adamer-Dresden und Justizrat Dr. Schmid-Reichardt vertreten. Das Urteil dürfte erst in einigen Wochen verkündet werden.

Dresden. In hiesigen abgelegenen Stadtteilen hat in letzter Zeit wiederholt ein unbekannter junger Mann in den Abendstunden Raubfälle auf Damen verübt und allein auf der Straße gehenden Damen die Handtaschen entstiehen. An einem der letzten Abende hat er einer Dame sozusagen einen Revolver vor gehalten und sie mit den Worten: „Das Geld her oder das Leben!“ bedroht. Die Erschrockene überleg dem Raubgejagten ihr albernes Kettenhandtäschchen, enthaltend ein Portemonnaie mit etwa 10 Mark Inhalt, worauf der Bursche über die Fleder noch der Reichenbacher Straße zu entflohen. Die Polizei entfaltet selbstverständlich eine eifrig Tätigkeit, um des Räubers habhaft zu werden, und die königliche Polizeidirektion hat auf seine Ergreifung eine Belohnung ausgesetzt.

Rosswin. In vorausgegangener Nacht ist in der Schießhalle der hiesigen privaten Schützengesellschaft vermutlich von rachsüchtiger Hand einer angelegt worden. In den Morgenstunden sah man Rauch aus der Halle dringen. Als diese geöffnet war, bemerkte man, daß Körper in den Raubhoden gemacht waren, in welche man brennende Fackeln gesteckt hatte, wodurch sich der Brand auf dem Boden ausbreitete, das Innere der Halle vollständig verbrüht wurde und eine völlige Einneuerung erfordert. Wer die Täter sind, die die Halle auf und nach vollbrachter Tat wieder verschlossen, weiß man noch nicht.

Olschak. Wegen gewaltfester Verführung einer Minderjährigen ist gegen den Bürgermeister Tümer vom hiesigen Ulanen-Regiment Strafantrag gestellt worden. Tümer ist verheiratet, Hauptmann und steht im 12. Dienstjahr. Die Beschuldigungen gehen von einem 14jährigen Mädchen aus, das in seiner Häuslichkeit tätig war. Der das Mädchen, wie dieses angibt, nicht aus dem Hause ließ, konnte es erst jetzt den Verwandten Mitteilung von der Angelegenheit machen. Ob sich die Angaben des Mädchens bestätigen, bleibt abzuwarten.

Leipzig. Ein bedeutendes Schadensfeuer hat in der Rauchwarenhandlung von Ueler stattgefunden. Auf noch nicht aufgeklärte Weise sind dort in den großen Lagerräumen Rauchwaren in Brand geraten, wodurch dem Inhaber ein Schaden von etwa 10.000 Mark entstanden sein soll.

Bautzen. Schwer verletzt wurde das vierjährige Mädchen des Gutsbesitzers Knauth in Johnsbach beim Schläfen gehen. Das Kind wurde von einem 19jährigen Mädchen aus Bautzen gebrochen. Beim Herunterfallenlassen vom Bett stieß die Kleine einen märschschlämmen Schrei aus. Eine Schere, welche in der Tasche des Mädchens gesteckt hatte, war dem Kind in den Unterleib gedrungen und hatte dort einen großen Teil der Gebärmutter abgeschnitten, und eine starke Blutung aufgetreten.

Lugau. Auf Station Lugau ist aus dem Postmeisterwagen des Wittenbergs-Stollberger Personenzuges ein Geldbrief mit 3300 M. Inhalt, den der zum Zugauer Personal gehörende Oberhofschneider in dienstlicher Eigenschaft dort in Bewahrung hatte, innerhalb der kurzen Zeit, während welcher der Beamte den Postmeister verließ, gestohlen worden. Der Dieb ist noch nicht ermittelt.

Werdau. Die hiesige organisierte Legitilarbeiterchaft stellt im Herbst vorangegangen an den hiesigen Industrievorsteher die Forderung zur Einführung der zehntäglichen Arbeitszeit und 20-prozentigen Lohnhöhung. Der Vorsteher hat aber auf diese Forderungen gar keine Antwort gegeben, und die Legitilarbeiter verhielten sich demgegenüber bis jetzt ruhig. Nun scheint man aber die Lohnbewegung wieder in Gang bringen zu wollen. Eine von etwa 600 Personen besuchte öffentliche Legitilarbeiter- und Arbeitnehmerversammlung habe sich als Reaktion der Agitatorin W. Röhler aus Dresden kommen lassen, die über das Thema „Die Handlungswise des Werdauer Industrievorsteher“ sprach.

berungen gegenüber und unsere Stellungnahme hierzu“ referierte und die Forderungen der hiesigen Tageszeitung als gerecht bezeichnete. Die Bezahlung nahm eine längere Entwicklung an, nach welcher die Forderung auf zehntägige Arbeitstage und 20 proc. Lohnzehrung bis zum 1. April d. J. durchgedrückt werden soll. Akt der Durchführung ist das Bureau in Verbindung mit dem Verbandsvorstand beauftragt worden.

Markenkirchen. Die kleinste Geige, die wohl je gebaut worden ist, wurde von einem Markneukirchener Fabrikanten Thomas in einem Zeitraum von zwei Wochen hergestellt. Die Geige repräsentiert einen Wert von 100 M. Sie wird jetzt noch Berlin gesandt, und zwar an die Redaktion des „Musiker-Zeitung“. Die Geige hat die Länge von 54 Millimeter; oben ist sie 14 Millimeter und unten 16 Millimeter breit. Der Bogen ist in $\frac{1}{4}$ Höhe hergestellt und 45 Millimeter lang. Der Saitenhalter und die Wicke sind aus Eisenblem gefertigt. Die übrigen Bestandteile sind im genauen Größenverhältnisse angefertigt und auch von demselben Holz, wie eine große Geige. Auch der die Geige fassende Kasten entspricht der Form eines größeren und hat die Länge von 72 Millimeter. Das Gewicht der ganzen Garnitur beträgt 12 Gramm.

Bittau. Die Bergarbeiter in den Kohlenbezirken des Oberlausitz fordern eine Lohnzehrung von 50 Pf. pro Schicht. Während es auf dem hiesigen Braunkohlenwerke „Germania“ zu einer Einigung zwischen den Arbeitgebern und den Bergleuten kam, ist es auf den Hirschfelder Braunkohlen- und Steinkohlenwerken zu Streitigkeiten und infolgedessen zu einer Arbeitsunterbrechung gekommen. In Reichenau bewilligten die Werkbesitzer ein Drittel der Forderungen, es erscheint jedoch fraglich, ob die Arbeiter damit zufrieden sein werden. — Hier stand noch kurzem Leid an den Folgen eines Schlaganfalls der Rechtsanwalt und Notar Helmuth Geyer. Nach kurzer Anwaltspraxis in Zwickau und Dresden fiedelte er nach Sebnitz über. Der Bahnhof Sebnitz war in der Hauptstraße kein Werk, die Stadt Sebnitz zeigte den verdienstvollen Mann durch die Verleihung des Ehrenbürgertrecks. Anfang der 70er Jahre kam Geyer nach Bittau, und hier wurde der schriftsinnige und gewiefe Jurist sehr bald einer der geschätzten und angesehenen Rechtsanwälte. Im Dienste der Bittauer Stadtverwaltung war Geyer während zweier Wahlperioden. Er hat namentlich als inlerner Kenner des Wettrechts die Stadt gelegentlich der Manduregulierung wichtige Dienste geleistet.

Zugesgeschichte.

Deutsches Reich.

Der Kaiser bestimmte das Linienstück „Preußen“ für die Fahrt nach Kopenhagen zur Beteiligung an der Belebungsfahrt. Der Kreuzer „Ariadne“ und die Stationsschiff „Garmen“ begleiten das Kaiserjagd.

Zur Vermählung des Prinzen Eitel Friedrich. Nach einer dem Berliner Magistrat vom Ober-Hofmarschallamt übermittelten Nachricht wird die Braut des Prinzen Eitel Friedrich einige Tage vor der silbernen Hochzeit des Kaiserpaars ihren feierlichen Einzug in die Reichshauptstadt halten. Der Festzug wird sich durch das Brandenburger Tor über die Linden nach dem Palais Schloss bewegen. Der Einzugstag steht noch nicht genau fest, wahrscheinlich wird der Festzug am Sonnabend, 24. Februar, vor sich gehen. Der Berliner Magistrat hat beschlossen, das Brandenburger Tor, den Preußischen Platz, die Linden und den Schloßplatz für den feierlichen Einzug der hohen Braut festlich auszuschmücken zu lassen, in ähnlicher Weise, wie dies beim Einzug der jüngsten Kronprinzessin geschehen ist.

Gerüchte von dem bevorstehenden Rücktritt des preußischen Minister Podbielski und Stadt sind in Berlin im Umlauf. Wahrscheinlich, es sind nur Gerüchte, darum muß man die Meldungen mit Vorbehalt aufnehmen.

Ein Wunder. Bischof Stabrowski erklärte sich gegen den polnischen Ostmarkenverein „Straz“ und ermahnte die Christlichen, die Hochämter in den „Straz“ Vereinen niedergulegen.

Die württembergische Verfassungsrevision. Die württembergische Kammer der Abgeordneten hat gestern weiterhin Artikel 2 und 11 des Verfassungskonkurrenzvertrages erledigt und dabei entgegen der Forderung des Ministerpräsidenten, daß die Regierung an dem 30. Lebensjahr für das positive Wahlrecht festhalte, den Kommissionsantrag, der das 25. Lebensjahr dafür ansetzt, angenommen.

Koloniale.

Der Gouverneur von Kamerun, v. Puttkamer, wurde heute in Berlin erwartet. Die Verhandlungen zwischen Kolonialamt und Gouverneur sollen so gefördert werden, daß bei der zweiten Beratung des Kolonialrats im Plenum des Reichstages der Kolonialamt vorstehen in allen Punkten Rede und Antwort stehen kann.

Deutsch-Südwestafrika hat einige weitere Opfer gefordert, auch einen Sachsen: Reiter Friedrich Grimmer (geb. 10. Oktober 1882 zu Dresden, früher sächs. Gardereiter-Reg.) am 25. Januar 1906 im Feldlazarett Überseebucht an Typhus gestorben.

Deutschland.

Der Gipfel der Gemeinde. Schwere persönliche Angriffe hat sich der österreichische Ministerpräsident Fürst v. Gauthier im Rektorat von dem tschechischen Abgeordneten Grafen Sternberg gefallen lassen müssen. Nachdem der edle Graf das Parlament einen „Regierungsmitschiffer“ und die Armen einen „Spielball moralisch und physisch verkommenen Freiheit“ genannt hatte, beschuldigte er den Ministerpräsidenten der Begünstigung seiner Verwandtschaft. Gauthier habe einen Sohn, der aus dem Dispositionsfonds des Ministeriums des Außenrechts 6000 Gulden bekleidet, und sein Schwiegersohn, ein Staatsbeamter, habe Armengelder bestohlet. „So regiert man uns, und wir schwören wie die Aissen zu! Ein General, der 65 Jahre alt geworden ist, gehört ins Wachstürenkabinett, aber nicht an die Spitze der Macht.“ Der Ministerpräsident gab freimüdig zu, daß es Anstände bei der Amtsführung einer ihm nahestehenden Persönlichkeit gegeben habe, diese habe aber den Staatsdienst sofort verlassen müssen. Um übrigens wiß er die Beschuldigungen der Verwandtschaft mit Entlastung zurück.

Frankreich.

Die praktische Durchführung des Trennungsgesetzes bezogt im Laufe den größten Schwierigkeiten, hervorgerufen durch den sonnigen Widerstand der Heiligkeit. Gestern nochmals 2 Uhr erfolgte in den 28 Kirchen von Paris die Vornahme der Inventarisierung der Kirchengüter. In verschiedenen Kirchen konnten die Beamten nicht Eintritt erlangen, da die Priester sich weigerten, die Schlüssel herauszugeben. Vor einer

Anzahl Kirchen hatten sich Kunden eingeschlossen, welche Hochrufe auf die Freiheit und die Regierung ausbrachten. In vielen Kirchen waren Gläubige anwesend, welche gegen die Inventarisierung heftig protestierten. In der Notre-Dame-Kirche, sowie in anderen größeren Kirchen wurden Proteste abgegeben. Soweit bis jetzt bekannt ist, sind keine ernste Zwischenfälle vorgekommen. Der Seinepräfekt hatte schon am Vormittag sämtliche Bürgermeister der 20 Bezirke von dem Vorhaben der Regierung verständigt. In Reims und Voigny hat die Inventarisierung heute ebenfalls stattgefunden. Auch hier kam es zu keinerlei Zwischenfällen. Man begrüßte sich damit, Proteste gegen die Maßregel zu erheben.

Italien.

Das neue Ministerium Fortis. Das neue Ministerium Fortis hat sich der italienischen Kammer vorgestellt. Der Ministerpräsident sagte in seiner Rede u. a.: Seinen Verbündeten trete und seine Freundschaften achten, steht Italien unter Beobachtung steter und starker Regierung. Es steht gegenüber allen und im Bewußtsein seiner Pflichten und Rechte mit Erfolg nach der Aufrechterhaltung des Friedens, der mit Recht als höchste und unshörbare Wohlthat angesehen wird. Gegenwärtig tritt es auch auf der Konferenz in Alzeyros zu dem Weile der Versöhnung bei, welche auch von den mehr direkt interessierten Mächten aufrechtig gewünscht wird. Die Finanzlage und der Ertrag der Steuern sind — ein Zeichen für die wachsende wirtschaftliche Kraft des Landes — gut, aber man darf nicht vergessen, daß es nötig ist, den Staatsbetrieb des Eisenbahnen neu zu ordnen; es ist dies durch mehrere Ursachen nötig geworden, für die wir sicherlich nicht verantwortlich sind. Um den Militärdienst weniger drückend zu gestalten, werde die Regierung die zweijährige Dienstzeit gleichzeitig mit einer Erhöhung des Jahreskontingents vorschlagen. Dank der im Juli bewilligten Schuldung der Kredite für die Marine werde man zu einer Erweiterung des Flottenprogramms schreiten können. Fortis stellte dann eine Anzahl von wirtschaftlichen Vorlagen in Aussicht, die besonders den Südprovincen zugute kommen sollen, und füllt mit der Erwartung, daß die Regierung bei Ausführung ihres schwierigen Programms auf das Vertrauen der Kammer werde rechnen können.

Thüringen.

Kronprinz Friedrich VIII. Der neue König von Dänemark, hat infolge mit dem verstorbenen deutschen Kaiser Friedrich eine gewisse Ahnlichkeit, als er mehr als vierzig Jahre lang zu einem Kronprinzenleben verurteilt war. Ebenso wie Kronprinz Friedrich Wilhelm, gehörte er, schreibt die „Information“, seiner ganzen Lebensanwendung noch in die Kategorie der liberalen Kronprinzen, während sein Vater Christian IX. mehr konservative Anschauungen huldigte und sich erst in den letzten Lebensjahren dazu entschloß, der Volksstimme Rechnung zu tragen und das konservative Ministerium zu entlassen. Über seine freiheitlichen Neigungen ließ der Kronprinz nie Zweifel aufkommen; er betonte vielmehr seinen Standpunkt gern ostentativ. Als sein Schwager Alexander III. die russischen Juden auf das ärzte bedrängen ließ, machte der Kronprinz bei dem Rabbiner von Kopenhagen einen Protestbesuch. Er war einer der ersten am dänischen Hofe, der für eine Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen Russland und Dänemark eintrat. Er hielt sich selbst unter dem Namen eines Grafen von Kronberg wiederholt in Deutschland auf, und überall, wohin er kam, bewahrte man ihm die Erinnerung an einen liebenswürdigen, lebensfähigen Menschen. König Friedrich VIII. ist mit einer der reichsten Fürstinnen verheiratet. Er heiratete das einzige Kind des verstorbenen Schwedenkönigs Karl IX., dessen immenses Vermögen in den Besitz des jetzigen dänischen Königs überging.

Nürnberg.

Alarmnachrichten aus Lodz. Nach einer Warschauer Meldung ist die Lage in Lodz wieder sehr bedrohlich geworden. Die Sozialisten und Arbeiter veranstalteten große Straßenmessen, um gegen die Reichsduma zu demonstrieren. Die Sozialisten wollen überhaupt die Reichsduma boykottieren und bezeichnen das geplante Parlament als die Karikatur einer Volksvertretung. Die Volksmenge in Lodz erzwang sich Eingang in die Adressenlisten des Wahlkommissars und verzerrte allerlei Dokumente, welche für die Wahlen vorbereitet waren, darunter einige Tausend Stimmzettel. Gegenwärtig streiken dreitausend Arbeiter in Lodz.

Bulgarien.

Zur Erhöhung der Kriegsberedtschaft. Verlangt das bulgarische Kriegsministerium von der Sowjet: einen Nachtragskredit von 2700000 Fr. zum Anlaß von Kriegsmaterial und Pferden.

Germischtes.

Notizen. Wie Generaldirektor Ballin mitteilte, ist der Dampfer „Silvia“ der Hamburg-Amerikan-Linie, der mit einem großen Transport russischer Truppen vorgestern von Wladivostok abgegangen ist, auf eine schwimmende Mine gestoßen und in sinkendem Zustande nach Wladivostok zurückgekehrt, wo das Schiff auf Strand gesetzt worden ist, um seinen Untergang zu verhindern. Der erste Koch Ottomar Schmidbald hat bei dem Unfall sein Leben eingebüßt. Das Schiff war zu seinem vollen Wert gegen Minen gesichert. — Auf dem zur Herrschaft Kamenz (Schlesien) des Prinzen Albrecht von Preußen gehörigen Güte Altmannsdorf brach im Herbstfeuer aus, wobei der 25 Jahre alte Pferdehengst Gottschalk und zehn Pferde im Rauche erstickten. — In dem Schlosse Schwarzenberg des Herzogs Robert von Parma bei Wiener Neustadt wurden in der verlorenen Nacht durch Einbrecher Silberobjekte und etwa 20000 Kronen in Gold gestohlen, die der Herzog für seine heutige Reise nach Italien bereit gelegt hatte. Bei einer Explosion auf dem Ignatzhütte bei Marienberg in Nähren wurden drei Heizer getötet, vier Personen schwer verletzt und eine verschüttet. — **Attentat im Gerichtssaal.** Vor der Strafkammer des Landgerichts München stand gestern der wegen Diebstahls vielfach vorbestrafte Mehmet Dösching wegen Einbruchs angeklagt. Während der Beratung des Gerichtshofs stürzte der Angeklagte pfeifig vom seinem Platz auf auf den Zeugenstuhl los, ergriff einen dort liegenden fünf Pfund schweren Hammer und schleuderte ihn nach dem Kopfe des in seinen Alten Amtsgerichts Staatsanwalts, erschrie jedoch das Ziel, da sich der Hammer im Bogenwurf senkte und den Staatsanwalt nur noch an der Seite traf. Der Angeklagte brach dann in Raserei aus und wurde von fünf Schulleuten nur mit Mühe überwältigt. Er erhält fünf Jahre Haftstrafe, sowie zehn Jahre Gnade und weigerte sich sodann, die Haftstrafe zu verlassen, fügte jedoch hinzu: „Ich habe nur in der Klasse! Und das geht nun kaum teil mehr soll. Wenn die Leute sich doch bloß einzudringen wollten, daß sow's viele Soden! Mineral-Pastillen die besten Freunde eines Haushalts mit Kindern sind! Bei mir gehen sie nicht aus und meine Jungen haben nach einer Stunde verhungert. Und dabei sind die Soden doch so vielzahl erprobt, daß schließlich wirklich jeder wissen könnte, wie wertvoll für die Erhaltung der Gesundheit sie sind. Der Preis ist 80 Pf. per Schachtel; in allen Apotheken, Drogen- und Mineralotheke zu kaufen.“

zu verlassen, sobald er aus dem Gerichtssaal getragen werden mußte.

Geflügelgut und Antikensälfung. In den Vorstädten Rom, so entnimmt man „Publizist et cetera“, sind zwei Hühnerhäuser, in denen antike Medaillen in großem Maßstab gefälscht werden. Die Unternehmer, die mit diesen fiktiven Nebengeschäften sich abgeben, lassen z. B. Münzen und Medaillen mit den Bildnissen des Tiberius oder Galigula, die in roher Prägung hergestellt werden, von Truhänsen verschlingen. Nachdem dieses Gedruckt die Medaillen eine Zeitlang im Magen behalten hat, kommen sie dann mit einer prächtigen Patina wieder zum Schein. Wäre nur die Härtung das Resultat der Reise durch Magen und Einweide, die Trühhähne, so könnte man allenfalls durch eine äußerliche Behandlung mit Chlorwasserstoff förmlich das gleiche bei den Münzen erreichen. Aber die mechanische Behandlung durch die in den Geflügelgassen enthaltenen Steine tritt zur chemischen durch die Magensaft hinzu und reißt die Fasern ab, sodaß die Flächen ihre Härten verlieren. Manche Beobachtung und gewiß auch hier und da eine öffentliche wird mit solchen via Hühnerhof in Antiken verwandelten neugedruckten Münzen und Medaillen schon begnügt worden sein.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Ein neu entdeckter Rembrandt. Ein Gemälde, welches die „Befreiung der Andromeda“ darstellt, war im Besitz einer Brüsseler Dame, die das Bild „wegen seiner Häßlichkeit absolut los wollte“. Dr. Bredius, der Direktor des Museums im Haag — einer der besten Kenner der Werke Rembrandts — sah das Gemälde, erkannte es als ein Werk des großen Meisters und erwarb es preiswert für sein Museum. Letzteres hat unter Bredius' Leitung im Laufe der letzten Jahre eine ganze Anzahl hervorragender Gemälde Rembrandts erhalten.

Telegramme und Neueste Nachrichten.

(Nach Schluß der Redaktion eingegangen.)

1. Februar.

b. Berlin. Professor Dr. Koch hielt gestern in der Berliner Medizinischen Gesellschaft einen wissenschaftlichen Vortrag über die Ergebnisse seiner Forschungskreise in Deutsch-Ostafrika. Nach Kochs Ansicht dürfte ganz Ostafrika vom Rückfallfeind verschont sein. Die angestellten Versuche haben bisher noch keinen Erfolg gehabt. Koch hofft Koch, daß man noch, wie bei der Malaria, ein Mittel oder ein Serum gegen das Rückfallfeind finden werde.

b. Berlin. Im Tabakarbeiter-Kongress wurde gestern eine Resolution vorgelegt, in der auf das Entschiedene gegen jede Erhöhung der Tabaksteuer und des Tabakkolls, sowie gegen jede weitere Art der Besteuerung des Tabaks protestiert wird. Der Kongress wendet sich besonders gegen die Zigarettensteuer. Die Resolution wurde einstimmig angenommen und der Kongress geschlossen.

b. Hamburg. Die Bürgerschaft hat in ihrer Mittwochssitzung, die einen durchaus ruhigen Verlauf nahm, den Antrag des Senats auf Abänderung der Verfassung in zweiter Lesung angenommen. Damit ist die Einführung der Verhältnismäßigen und die Erteilung des passiven Wahlrechts an die Beamten beschlossen und die Wahlrechtsvorlage nach heftigem Kampf zum Siege gelangt. Von 156 anwesenden Bürgerschaftsmitgliedern wurden insgesamt 155 Stimmen abgegeben, und zwar 120 für und 35 gegen die Vorlage. Um die Vorlage zu Fall zu bringen, waren 40 Stimmen nötig. Es steht jetzt nur noch die Einzelberatung der Ausschuss-Vorläufe aus, die aber an der Vorlage, durch die ein übermäßiges Anwachsen der Sozialdemokratie ausgeschlossen wird, im wesentlichen nichts mehr ändern kann.

b. Ludwigshafen. In der Familie eines zur Zeit hier im Hotel weilenden Schweizers erkannten nach dem Genuße von Wurst die Frau und eine 14jährige Tochter. Das Mädchen ist inzwischen gestorben. Die Mutter liegt noch Krank bettlägerig. Die Untersuchung nach den Ursachen der Vergiftung ist eingeleitet worden.

b. Köln a. Rh. Gestern abend wurde durch die Kriminalpolizei eine Spielhölle aufgehoben. Drei Männer wurden beim Glücksspiel überwacht und verhaftet. Das Geld, 30000 Mark, wurde beschlagnahmt.

b. Wien. Heute beginnt die „passive Resistenz“ der Gemeinde-Armeen von Nieder-Oesterreich, die vom Landeshauptmann handelswidrig Honorate für öffentliche Funktionen, Erhöhung der Bezüge, Pensionsberechtigung und Witwen- und Waisenversorgung verlangen.

b. Laibach. Die hiesigen Erdbeben-Registrier-Apparate verzeichneten gestern nachmittag 5 Uhr 18 Min. ein heftiges Erdbeben, welches bis nach 10 Uhr abends anhielt. Die Entfernung des Erdbebens dürfte ungefähr 1200 Kilometer betragen; vermutlich hatte es in Südamerika seinen Sitz. — **b. Paris.** Unlänglich der Inventuraufnahme kam es in der Kirche Saint Roche zu grellen Ausschreitungen. Der Beamte wurde mit zerrissinem Rock auf die Straße geworfen. Die beiden Deputierten Achilleon und Billard wurden als Aufwiegler vor dem Polizeikommissar geführt. In einer Kirche kam es zur Schlacht (11), wobei zu Södern und Schwestern geprügelt wurde. Die Angelegenheit wird in der Deputiertenkammer zur Sotache kommen. — **b. Copenhagen.** König Friedrich VIII. wird aus Anlaß seiner Thronbelebung eine umfangreiche Amnestie erlassen. — **b. Petersburg.** Die Nachrichten aus Riga laufen sehr ernst. Die Revolution hat von neuem begonnen. Insolgedessen hat der Gouverneur um Truppen gebeten. Diese befinden sich bereits auf dem Wege nach dort.

Frauenberger Kirchennachrichten.
Freitag, den 2. Februar. Vorm. 9 Uhr: Hochzeitcommunion
Pastor Welser. — Nachm. 1/2 Uhr: Beistunde.

Eins-drei-sieben-Entschuldigungen

und achtzehn Kinder hat ich nur in der Klasse! Und das geht nun kaum teil mehr soll. Wenn die Leute sich doch bloß einzudringen wollten, daß sow's viele Soden! Mineral-Pastillen die besten Freunde eines Haushalts mit Kindern sind! Bei mir gehen sie nicht aus und meine Jungen haben nach einer Stunde verhungert. Und dabei sind die Soden doch so vielzahl erprobt, daß schließlich wirklich jeder wissen könnte, wie wertvoll für die Erhaltung der Gesundheit sie sind. Der Preis ist 80 Pf. per Schachtel; in allen Apotheken, Drogen- und Mineralotheke zu kaufen.

Heute, Donnerstag, Abonnement-Konzert mit Ball im Kaisersaal.

Anfang 8 Uhr.

Zu zahlreichem Besuch laden ergebenst ein

hochachtungsvoll

Eugen Prager.

Arno Knöller.

Maler-Lehrling gesucht.Hugo Bräunlich, Malermeister,
Vorwerkstraße 1.**Lehrling**unter guten Bedingungen gesucht bei
O. Vogelsang,
Tapezierer u. Dekorateur.**Einen Schmiedelehrling**sucht Max Rost, Schmiedemeister,
Dittersbach.Zuverlässiger, nüchternen Geschäftsführer
mit guten Begegnissen findet dauernde
Stellung bei

Carl Hamel, Gunnersdorf.

Zum Abripen von Tabak
in der Fabrik werden sofort Arbeiter
eingestellt, auch finden Abripper halbe
Tage beschäftigung.

Zigarettenbrief Hugo Haische.

Junges Mädchen mit kaufmänni-
sches, sowie Sprachkenntnissen sucht
per 1. April ev. später Stellung im Konzert
bei 50 Mk. Gehalt. Gefl. Offert. arb. unt.
A. Z. 7 postlagernd Frankenber.**Freundliche Wohnung**
mit Werkstatt
im ganzen oder getrennt zu vermieten
Schloßstraße 32.**Zu vermieten** ist eine Wohnküche,
nebst Wasserversorgung, Vorraum und
Keller an ruhige Leute sofort ob. später.
Bei erfahrenem Breitberger Str. 35, I.**Felle aller Art**
kaufstets zu den höchsten Preisen
Joh. Petrik, neben Rathaus.**J**an manchem alten Hause, in Mumpel-
fammern, alten Koffern usw. liegen
oft alte Schriftenstücke mit Brief-
marken aus den Jahren 1850
bis 1866. Für diese Warten gäbe ich
hohe Preise bis 1 Mark und mehr pro
Stück. Oft haben Väter und Brüder
solche Warten gesammelt und in Büchern
gefliest. Diese kaufen auch
Wilhelm Bischmidt,
Kotschbar-Zwenkau bei Leipzig.**Radiergummi**
Marke
Fix aus Hamburgradiert leicht und schnell Bleistift in
allen Hörtgraden, Bütel, Graphit,
Tinten, Schmutz, Tusche, Farben,
Druck etc. etc., ohne das Papier
merklich anzutreifen! —
kann daher mit Recht ein Universal-
Radiermittel genannt werden! —
ersetzt viele Spezialsorten, die einzeln
oft das Doppelte und noch mehr
kosten! —ist durch seine Vielseitigkeit unent-
behörlich für alle Zeichenkünstler,
Zeichenslehrer, Architekten, Ingenieure,
Kunstmalerei, sowie für Schulen und
Büros! —bringt immer wieder aufs neue die
vorzüglichsten Gestalten ein! —ist und bleibt das beste Radiermittel
durch seine unverkennbaren Vor-
züge!ist in Stücken zu 5, 10, 20, 30 Pf.
und höher zu haben in der

Papierhandlung v. C. G. Rossberg

(Zschotzeks Haus am Markt)

und in der

Schulbuchhandlung im Kaufhaus.

ff. gebrannte Kaffees,

a Pf. 1.00, 1.20, 1.40, 1.60, 1.80,

2.00 M.

prima Perlkaffee,

a Pf. 1.20 M.,

rohe Kaffees,

a Pf. 0.80—1.60 M.,

bei 5 Pf. Breiserhäufung, empfiehlt

frisch und frischgebrüht geröstet

Rudolf Eckert

am Markt.